

Somali demonstrieren heute um 14 Uhr auf dem Bundesplatz

Mit einer Kundgebung auf dem Bundesplatz fordern die Somali in der Schweiz heute ein Bleiberecht und faire Integrationschancen in der Schweiz. Und sie fordern die Schweiz auf, sich als neutrales Land stärker gegen die humanitäre Krise und für eine politische Friedenslösung in Somalia zu engagieren.

Bereits von Weihnachten bis nach Neujahr machten die Somali mit einem Marsch von Zürich zum Bundesamt für Migration nach Bern auf ihre schwierige Situation in der Schweiz aufmerksam. Viele Somali-Flüchtlinge leben seit über einem Jahrzehnt in der Schweiz, die meisten mit dem Status F (sogenannt «vorläufige Aufnahme»), was über Jahre ihre Integration behinderte (damals gültige Arbeitsverbote für Status F etc.). Auch heute sind Ausländer mit «vorläufiger Aufnahme» trotz verbesserter Gesetzeslage in der Praxis gegenüber anerkannten Flüchtlingen klar benachteiligt (vgl. dazu die Beilage *Statements von der Medienkonferenz*). Zudem gibt es weiterhin keine Perspektive der Hoffnung im kriegszerrütteten Herkunftsland Somalia.

Nun machen die Somali in der Schweiz und insbesondere die jüngere Generation der somalischen Flüchtlinge in der Schweiz **heute Donnerstag, 3. April, mit einer bewilligten Kundgebung zwischen 14 und 15 Uhr auf dem Bundesplatz** auf ihre schwierige Situation in der Schweiz aufmerksam und fordern in einem Brief an den Bundesrat ein **verstärktes Engagement der Schweiz für die Lösung der politischen und humanitären Krise in Somalia**. Ein spezieller Brief an die Aussenministerin, Frau Micheline Calmy-Rey, wird am Anfang der Kundgebung direkt dem EDA übergeben.

BEILAGEN:

- *FLUGBLATT*
- *Statements von der Medienkonferenz heute morgen, 10 Uhr in Bern*
- *Brief an den Bundesrat*
- *Zur Situation in Somalia (Hintergrundinformationen)*

Kontakt für weitere Rückfragen / Kommentare nach der Kundgebung:

Abdulahi Mohamud Qalimow qalimow@dplanet.ch 079 291 29 44

Appell der Somali an den Bundesrat:

Die Somali in der Schweiz appellieren an die Mitglieder der Schweizer Landesregierung und die Verantwortlichen der zuständigen Departemente mit den folgenden Anliegen:

- Wir fordern die Anerkennung neu ankommender Asylsuchender aus Somalia als echte Flüchtlinge.
- Wir fordern die Erteilung einer dauerhaften Aufenthaltsbewilligung und den Flüchtlingsstatus für die seit Jahren in der Schweiz lebenden SomalierInnen.
- Wir fordern verstärkte Anstrengungen im Bereiche der Integrationszusammenarbeit, Unterstützung insbesondere im Bereich Bildung, Ausbildung und sozialer Sicherheit

Ein Bleiberecht in der Schweiz und ein Recht auf Integration.

Die guten Dienste der Schweiz müssen zur Vermittlung eingesetzt werden. Es braucht:

- einen vernünftigen Dialog für Frieden in Somalia
- eine klare Verurteilung der Menschenrechtsverletzung
- eine klare Verurteilung der Souveränitätsverletzungen
- sofortige humanitäre Nothilfe in Süd-Somalia!
- eine reale Friedensmission der UNO
- eine vernünftige und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

Die neutrale Schweiz soll in Somalia aktiv helfen und Frieden vermitteln.

Kurzstatements an der Medienkonferenz der Somali in Bern, 3. April 2008

SprecherInnen:

- Abdulahi Qualimow, Organisationskomitee der Demo
- Abdulkadir Bashir, Organisationskomitee der Demo
- Omar Mahamud, Freier Journalist, Somaliswiss Community (www.somaliswiss.net)
- Dega Samalar, Somalischer Frauenverein Bern
- Mariemme Ahmed, Schülerin
- Ahmed Abdullahi, Familienvater
- Adan Ibrahim, Präsident der Somali Community in Bern

Bilder von der Medienkonferenz



v.l.n.r.: Dega Samalar, Omar Mahamud, Abdulkadir Bashir, Abdulahi Qualimow

Abdulahi Qualimow:



Ich bin seit 13 Jahren in der Schweiz. Und ich bin sehr dankbar, dass ich hier ein Dach über den Kopf gekriegt habe. Doch fühle ich mich in der Schweiz auch wie ein Gefangener, weil ich wegen meines Status F nie die Landesgrenzen überschreiten darf. Ich habe zu essen, aber ich kann nicht meinen Beruf ausüben. Ich bin offiziell «vorläufig aufgenommen». Was bedeutet das? Ich verstehe diesen Status nicht. Eins ist klar: Dieser Name passt nicht zu meiner tatsächlichen Situation. Meine grösste Hoffnung habe ich aber nicht für mich selbst sondern für die nächste Generation. Ich kämpfe dafür, dass für die Generation unserer Kinder eine Verbesserung möglich wird!»

Abdulkadir Bashir:



Ich bin seit vier Jahren in der Schweiz. Ich bin heute hier, um zu erklären, warum ich da bin. Wir sind dankbar, dass wir hier Schutz gefunden haben. Aber natürlich brauchen wir für unsere Integration auch die Möglichkeit, eine Ausbildung zu machen und unser Leben mit Arbeit auch selbst zu verdienen.

Seit 1988 ist in ganz Somalia ein interner Krieg, das ist nun seit 20 Jahren. Schon vorher waren einzelne Gebiete im Kriegszustand.

Zwar weiss die ganze Welt, wie problematisch die Situation in Somalia ist. Nur in der Schweiz aber werden wir bloss «vorläufig aufgenommen». Wir fordern, dass die Schweiz auch uns als echte Flüchtlinge anerkennt.

Viele unserer Kinder haben nach der obligatorischen Schulzeit keine Möglichkeit, eine Berufsausbildung zu machen. Wir fordern dies aber als Möglichkeit, selbst zu unserer Zukunft beizutragen.»

Omar Mahamud:

« Ich bin seit 4 Jahren in der Schweiz und ich lebe im Kanton Bern. Ich bin hier wegen der Unterstützung meiner Landsleute. Ich arbeite als freier Journalist für die Somalische Community in der Schweiz. Sehr viele meiner KollegInnen sind seit Jahren in der Schweiz und waren jahrelang gesetzlich benachteiligt wegen dem Ausweis F. Sie können nicht in ein anderes Land gehen oder eine richtige Arbeit finden. Die Schweizerischen Behörden sagen zwar, man könne Arbeit suchen. Das stimmt. Aber es nützt nichts. Mit dem Ausweis F kriegt man keine Arbeit.

Das ist keine Ausrede. Ich habe zuerst deutsch gelernt, eine Lehre gemacht, aber trotz vieler, vieler Bewerbungen habe ich keine Stelle gefunden. Die Arbeitgeber sagen immer: «Wir nehmen keine Ausländer mit F-Ausweis».

Dega Samalar:

« Ich bin seit 15 Jahren in der Schweiz, seit dem 31. März 1993. Ich bin eine Mutter mit 7 Kindern. Ich habe mich in dieser Zeit sehr engagiert, für meine persönliche Integration und für die Integration allgemein. Ich habe deutsch gelernt und bin nun als Kulturvermittlerin für Caritas tätig. Seit mehreren Jahren bin ich engagiert in einem Frauenverein, wo die Hälfte der Leute aus der Schweiz kommen. Meine Kinder haben hier die Schule gemacht und sie sind teilweise sehr gut in der Schule. Dennoch haben sie nun mit einem Ausweis F praktisch keine reale Möglichkeit, eine gute Berufsausbildung zu machen.

Ich finde: nach 15 Jahren in der Schweiz ist man nicht mehr «vorläufig aufgenommen». Unsere Kinder sind hier aufgewachsen. Somalis, deren Eltern in andere Länder flüchteten, haben andere Möglichkeiten. Ihre Eltern konnten im gelernten Beruf arbeiten, ihre Kinder haben die Möglichkeit, eine gute Berufslehre zu machen.

Vom Gesetz her kann man mit Ausweis F in der Schweiz bleiben und arbeiten. Aber faktisch ist dies nicht so. Auch z.B. bei Reinigungsfirmen werden explizit einfach nur Ausländer mit Ausweis B oder C gesucht. Das gleiche gilt für Lehrstellen.»

Mariemme Ahmed:

« Wir Jugendlichen, wir wollen nicht resignieren! Unsere Eltern, welche oft seit 15 Jahren in vergeblicher Hoffnung auf eine baldige Rückkehr warteten, leben als vorläufig aufgenommene Personen in der Schweiz. Sie hatten während Jahren

weder das Recht noch die Möglichkeit, sich in ihren erlernten Berufen in der Schweiz zu engagieren oder sich beruflich weiterzubilden. Sie haben resigniert.

Wir fühlen uns mit dem Geschehen in unserem Herkunftsland verbunden. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, damit zukünftige Generationen in Somalia wieder eine Zukunft haben. Aber wir müssen auch in der Schweiz, die unsere zweite Heimat geworden ist, Anerkennung und Akzeptanz finden: Nur so können wir hier für uns selbst aufkommen! Wir möchten hier für die Schweiz und für Somalia einen gesellschaftlichen Beitrag leisten. »

Ahmed Abdullahi:

« Ich bin Ahmed und wohne in Safnern, in der Nähe von Biel. Ich bin seit 14 Jahren in der Schweiz. Meine sieben Kinder, davon fünf in der Schweiz geboren, haben im Gegensatz zu vielen anderen eine Möglichkeit gehabt, eine Ausbildung zu machen. Dafür bin ich meiner Gemeinde und dem dortigen Sozialdienst, der sich sehr stark für uns eingesetzt hat, sehr dankbar. Allerdings stelle ich fest, dass die konkrete Umsetzung der Schweizer Gesetze von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich und in den meisten Orten sehr viel schlechter ist. Ich bin überzeugt, dass dies anders werden muss. Die Möglichkeiten zur Integration dürfen nicht willkürlich von Gemeinde und Kantonsgrenzen abhängig sein. Das ist der Grund, weshalb ich heute hier bin! Die somalischen Jugendlichen müssen unabhängig von ihrem Wohnort eine Chance für eine Berufslehre haben.»

Adan Ibrahim:

« Ich bin der Präsident vom somalischen Kulturverein in Bern. Ich bin seit 15 Jahren in diesem Land mit meiner Familie: mit meiner Frau und 3 Kindern. Wir kamen als Flüchtlinge in die Schweiz und versuchten, hier unser Überleben zu sichern. Wir mussten vor dem desaströsen Krieg von unserem Land zu fliehen. Es dauerte 3 Jahre, bis wir es hierher schafften. Viele Somalis sind im Gegensatz zu uns auf der Flucht umgekommen. Wenige haben es schliesslich gesund hierher geschafft. Die somalischen Flüchtlinge sind auf der ganzen Welt verteilt.

Aber nun wollen wir hier ein neues Leben beginnen. Schlafen und Essen genügt dazu nicht. Unsere Jugendlichen sind hier aufgewachsen und integriert. Die somalischen Jugendlichen in der Schweiz sprechen deutsch, französisch, italienisch. Aber nach der Schulzeit sind sie in der Sackgasse. Sie finden keine Ausbildungsmöglichkeit, viele können keinen Beruf lernen.

Das Schicksal dieser Jugendlichen ist der eigentliche drängende Anlass für diese Demonstration. Wir stehen zusammen da für diese Jugendlichen, wir stehen da, damit sie eine Hoffnung haben. Wir hatten unsere Hoffnung, Schutz zu finden in der Schweiz. Wir kämpften dafür. Wir sind Flüchtlinge. Und wir sind der Schweiz für den Schutz dankbar. Nun kämpfen wir dafür, dass wir und vor allem unsere Kinder eine Chance kriegen, in diesem Land nicht nur zu überleben, sondern eine Zukunft zu finden.»

Sehr geehrte Bundesrätinnen,
Sehr geehrte Bundesräte,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir – die jüngere Generation der somalischen Flüchtlinge in der Schweiz – gelangen heute an Sie, um auf unsere prekäre Situation aufmerksam zu machen. Als Angehörige eines Staates, der nur mit dem Begriff «failed state» bezeichnet werden kann, sind wir faktisch staatenlos. Gerne möchten wir Ihnen in der Folge einerseits unsere Gedanken zur Situation in Somalia und andererseits unsere Wahrnehmung der Situation von uns Somali in der Schweiz darlegen.

1) Somalia: Eine problematische Geschichte und eine ungewisse Zukunft

Der Kolonialismus hat in Somalia als Erbe bloss «verbrannte Erde» hinterlassen. Die zunächst zukunftssträchtigen Entwicklungen in Somalia nach der Erringung der Unabhängigkeit wurden bald vom Schatten des kalten Krieges überlagert. Somalia war deshalb nicht nur wegen seiner reichen Bodenschätze und Nahrungsmittelproduktion, sondern vor allem auch wegen seiner einzigartigen strategischen Lage ein wichtiges Ziel des Kolonialismus.

Trotz eines umfassenden UNO-Einsatzes und der Verwendung von Elementen des Zwangs (Peace Enforcement) vermochte die geballte Militärmacht der UNO-Streitkräfte es nicht, Somalia militärisch und politisch zu befrieden. Somalia ist seit dem Abzug der UNO wieder sich selbst und den Einflüssen der Nachbarländer, vor allem Äthiopiens, überlassen. Der innere Zerstörungsprozess setzt sich fort. Die somalischen Teilgebiete sind faktisch zum Spielball der regionalen Mächte geworden, ohne dass die Würde der dort lebenden Menschen beachtet würde (für die ausführlichere Geschichte Somalias verweisen wir auf die entsprechende Beilage).

Somalia hat als faktisch nicht existierender Staat auch sämtliche thematischen Welt-Gipfelkonferenzen seit den achtziger Jahren verpasst, bei denen über so wichtige Themen wie Umwelt, Frauen, Bildung, Gesundheit, Jugend, Familie, Entwicklung, Schutz und Sicherheit, Sport, Wirtschaft, bi- und multilaterale Beziehungen in verschiedenen Bereichen sowie Klima und Forschung/Austausch etc. diskutiert wurde. In entwicklungspolitischer Perspektive stellt sich Somalia schon seit langem als Armenhaus dar, das immer wieder von katastrophalen Hungersnöten heimgesucht wird.

In uns aber lebt der seit Jahren unerfüllte Wunsch: «Die Integrität und Einheit Somalias muss wieder hergestellt werden als eine unmittelbare Bedingung für Stabilität, Sicherheit und ökonomische Stärke!»

Wir haben den Wunsch, die geschilderte schwierige Vergangenheit hinter uns zu lassen. Es gilt heute, dringend eine Lösung zu finden für die Zukunft, zur Wiederherstellung der Souveränität und zu einer gelebten Solidarität mit Somalia.

Ein Engagement in Somalia drängt sich der internationalen Gemeinschaft aus zwei Gründen auf:

- erstens fordert die humanitäre Katastrophe humanitäre Hilfe
- zweitens ist es eine politische Notwendigkeit, eine dauerhafte Friedenslösung zu finden

Es ist zudem unsere feste Überzeugung, dass die humanitäre und politische Arbeit in Somalia nur zusammen mit Entwicklungsarbeit für den Wiederaufbau erfolgreich sein kann.

2) Die Situation der Somali im erzwungenen Asyl: fehlende Anerkennung und Aufenthaltssicherheit

Diese Geschichte hat in Somalia unhaltbare Lebensbedingungen geschaffen. Sie zwang und zwingt viele Somalis, Asyl und Sicherheit im Ausland zu suchen. Diese erzwungene Emigration hat das Land wertvoller menschlicher Ressourcen an Familien, ausgebildeten Berufsleuten, leitenden Kadern usw. beraubt. Wohin man auch immer geht in Afrika, Europa, Amerika, Australien, in die arabischen Staaten oder in die an Somalia angrenzenden Länder: Man findet Familien oder Einzelpersonen, darunter zahlreiche Jugendliche, die unter grossen Schwierigkeiten auf unabsehbare Zeit in fremden Ländern leben müssen. Das ist auch in der Schweiz nicht anders.

Trotz der aussichtslosen Situation in Somalia werden wir in der Schweiz nicht als Flüchtlinge anerkannt. Als Angehörige eines Staates ohne funktionierendes Staatswesen sind wir faktisch staatenlos. Als «vorläufig Aufgenommene» haben wir in der Schweiz dennoch keine gesicherte Perspektive und wir sind im Alltag mit zahlreichen Schwierigkeiten konfrontiert. Ein wesentlicher Teil davon hängt mit den spezifischen Einschränkungen des Status der «vorläufigen Aufnahme» (Ausweis F) zusammen. Obwohl diese Einschränkungen in der letzten Vergangenheit teilweise aufgehoben wurden, ist die faktische Diskriminierung von Personen mit «vorläufiger Aufnahme» weiterhin eine Tatsache, welche die wünschenswerte Integration massgeblich beeinträchtigt:

- Familien, Eltern und Geschwister bleiben oft getrennt.
- Die mitgebrachten Qualifikationen der Erwachsenen lagen jahrelang brach und verkümmerten.
- Schulentlassene Jugendliche finden praktisch kaum Lehrstellen, weiterführende Schulen sind kaum möglich.
- Die Arbeitsbewilligungen waren lange Zeit beschränkt und die Information über die Aufhebung der Restriktionen wurde von vielen Verantwortlichen nicht zur Kenntnis genommen.
- Die Wohnungssuche ist massiv erschwert.
- Die durch die oben genannten Problemlagen begründete andauernde Perspektivenlosigkeit in der Schweiz verursacht schwere Resignation und häufig psychische Probleme.
- Zudem ist die andauernde Unsicherheit als «vorläufig Aufgenommene» eine enorme Belastung.
- Der Status verhindert zudem Reisen ins Ausland und verunmöglicht so zusätzliche und wichtige soziale Kontakte in anderen Ländern aufzunehmen.

Eine vorläufige Aufnahme stellt keine angemessene Antwort auf einen so langwierigen und immer wieder aufflackernden Konflikt dar, wie er in Somalia zur Zeit stattfindet. Geschweige denn trägt eine solche Regelung dazu bei, die Aufenthaltssicherheit zu gewähren, die notwendig ist, damit die durch diesen Konflikt verursachten Wunden heilen können.

Unsere Eltern, welche oft seit 15 Jahren in vergeblicher Hoffnung auf eine baldige Rückkehr warteten, leben als vorläufig aufgenommene Personen in der Schweiz. Sie hatten während Jahren weder das Recht noch die Möglichkeit, sich in ihren erlernten Berufen in der Schweiz zu engagieren oder sich beruflich weiterzubilden. Sie haben resigniert.

Wir Jungen aber, wir wollen nicht resignieren!

Wir fühlen uns mit dem Geschehen in unserem Herkunftsland verbunden. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, damit zukünftige Generationen in Somalia wieder eine Zukunft haben. Und wir möchten in der Schweiz, die unsere zweite Heimat geworden ist, Anerkennung und Akzeptanz finden: Nur so können wir hier für uns selbst aufkommen! Wir möchten hier für die Schweiz und für Somalia einen gesellschaftlichen Beitrag leisten.

Es gibt keinen Zweifel, dass Somalia letztlich nur von den Somaliern selber geholfen werden kann. Aber wir werden dazu nur imstande sein, wenn wir die geeigneten Mittel und Instrumente in den Händen halten. Dies bedingt, dass unsere rechtliche Position auch in der Schweiz gestärkt wird. Wir müssen in allen Kantonen nicht nur das Recht sondern auch die tatsächlichen Möglichkeiten haben, unsere Zukunft aktiv selber zu gestalten und unsere Eigenverantwortung in dieser Gesellschaft wahrzunehmen.

3) Unser Appell

Deshalb appellieren wir an Sie, die Mitglieder der Schweizer Landesregierung und die Verantwortlichen der zuständigen Departemente mit den folgenden Anliegen:

- Wir fordern die Anerkennung neu ankommender Asylsuchender aus Somalia als Flüchtlinge.
- Wir fordern die Erteilung einer dauerhaften Aufenthaltsbewilligung und den Flüchtlingsstatus für die seit Jahren in der Schweiz lebenden SomalierInnen.
- Wir fordern verstärkte Anstrengungen im Bereiche der Integrationszusammenarbeit, Unterstützung insbesondere im Bereich Bildung, Ausbildung und sozialer Sicherheit

Die guten Dienste der Schweiz müssen zur Vermittlung eingesetzt werden. Es braucht:

- einen vernünftigen Dialog für Frieden in Somalia
- eine klare Verurteilung der Menschenrechtsverletzung
- eine klare Verurteilung der Souveränitätsverletzungen
- sofortige humanitäre Nothilfe in Süd-Somalia!
- eine reale Friedensmission der UNO
- eine vernünftige und nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vielen Dank für Ihre Mitgefühl. Wir glauben nicht daran, dass Frieden, Aufbau, Versöhnung vom Himmel kommen, sondern von uns, den betroffenen Menschen selbst. Um diese Erfahrung in die Wirklichkeit umsetzen zu können, sind wir auf eine starke Unterstützung der Schweiz als neutrales Land ganz besonders angewiesen.

Gerne sind wir bereit, alle Fragen, die dieser Brief aufgeworfen haben mag, offen zu beantworten und freuen uns auf Ihre Kontaktnahme.

Für die somalische Bevölkerung hier in der Schweiz und im Ausland sowie in der Heimat, deren Vertreter sich am 3.4.2008 auf dem Bundesplatz versammelten.

Mit freundlichen Grüssen

Abdulahi Mohamud Qalimow
Zentralstrasse 150
8003 Zürich
qalimow@dplanet.ch

SOMALIA – GESCHICHTE UND AKTUELLE LAGE

1. Historischer Abriss zur jüngeren Geschichte von Somalia

1908 wurde Mogadischu, das bis dahin unter der Oberhoheit von Oman oder Sansibar gestanden hatte, Hauptstadt der neueingerichteten italienischen Kolonie. Bis 1920 hatten die Briten in ihrem Somaliland-Protectorat den antikolonialen Aufstand des Muhammad ibn Abd Allāh Hassān niedergeschlagen. Obwohl die Italiener von Somalia aus 1934 Äthiopien (Ogaden) überfallen hatten (Italienisch-Äthiopischer Krieg 1935-36), gaben die 1941 siegreich einmarschierenden Briten 1950 diese Kolonie Italien als UN-Treuhandgebiet zurück. Nach längeren Verhandlungen kündigte die britische Regierung für den 1. Juli 1960 die Unabhängigkeit für das Schutzgebiet an. Die beiden Kolonien Italienisch-Somaliland und Britisch-Somaliland schlossen sich zur Republik Somalia zusammen. 1964-67 kam es zu einem Grenzkrieg mit Äthiopien um die von Somalis bewohnte äthiopische Region Ogaden.

2. Das Regime von Siad Barré (1969-1991)

Nach der Ermordung des somalischen Präsidenten Abdirashid Ali Shermarke im Jahr 1969 kam Siad Barré im Zuge eines Militärputsches an die Macht, die er in den nächsten 22 Jahre mit harter Hand verteidigte. Unter ihm wurde der bis dahin starke sowjetische Einfluss in Somalia zurückgedrängt, während er seit 1975 im verfeindeten Äthiopien massiv zunahm. Schließlich ließ er sich 1976 zum Überfall auf das Nachbarland hinreißen und besetzte die Region Ogaden, das er jedoch schon 1977 wieder verlor, da ihn die USA nicht im selben Maße unterstützten wie die Sowjetunion das kommunistische Regime in Addis Abeba förderte. Nach Ende des Kalten Krieges waren die USA auf die bis dahin wichtigen Militärstützpunkte im Land nicht mehr angewiesen und kürzten 1990 die Hilfe an das Regime. Die USA unterhielten im nordsomalischen Berbera einen Flugplatz und konnten die Hafenanlagen in Mogadischu militärisch nutzen. Mangels ausreichender Hilfe aus den USA geriet Barré stärker unter Druck der verschiedenen Rebellengruppen im Land. Nach jahrelangen politischen Unruhen in Somalia und einer seit 1988 in Nordsomalia (Somaliland) aktiven Sezessionsbewegung (SNM) wurde Siad Barré am 26. Januar 1991 schließlich abgesetzt. Seine Flucht fand in Nigerias ehemaligen Hauptstadt Lagos ein Ende, wo er am 2. Januar 1995 an einem Herzinfarkt starb.

3. Krieg und Bürgerkrieg (seit 1977)

Nach dem Sturz des Diktators Barré kam es zu blutigen Unruhen. Aktuelle wirtschaftliche Daten über Somalia liegen bis heute nicht vor. Der Staat hörte im Jahre 1991 de facto auf zu existieren und spaltete sich in zwölf durch „Warlords“ beherrschte Stämme, sowie den selbsternannten Staat Somaliland im Norden auf, der international nicht anerkannt ist. Im August 1992 bemühten sich die Vereinten Nationen, die mehr als 2 Millionen hungernden Menschen des Landes mit Lebensmitteln zu versorgen. Am 8. Dezember landeten 28.000 UN-Soldaten unter US-amerikanischer Führung in Somalia, um die Nahrungsversorgung zu sichern (Operation Hoffnung). Nachdem einige Kriegsfürsten gegen Ende des Jahres 1992 zum Frieden aufgerufen hatten, verschärfte sich die Situation 1993 erneut, als 23 pakistanische UN-Soldaten von Rebellen des Clan-führers Mohammed Farah Aidid

getötet wurden. Andere Soldaten wurden in blutige Kämpfe verwickelt, wobei auch mehrere Somalier getötet wurden. Für weltweites Entsetzen sorgten am 3. Oktober 1993 die Bilder der nackten Leichen zweier US-Soldaten, die von einer aufgebrauchten Menge durch die Straßen Mogadischus geschleift wurden (in der sogenannten Operation Irene, die 2001 in Black Hawk Down verfilmt wurde). Am 3. März 1995 wurde die UN-Mission schließlich mit dem Abzug aller Blauhelm-Soldaten erfolglos beendet und der Bürgerkrieg in Somalia setzte fort. Millionen von Somalis sind im Zuge des Bürgerkrieges aus ihrem Heimatland geflohen.

4. Aktuelle Lage

Seit dem 13. August 2000 wird das Land von einer so genannten Übergangsregierung provisorisch "regiert" (ohne Somaliland). Die Intergovernmental Authority on Development (IGAD), gehalten durch die Vereinten Nationen und die Vereinigten Staaten, hielt 2002 eine Konferenz namens "National Peace and Reconciliation Conference" in Eldoret, Kenya. Dies war bereits der 14. Versuch der Vereinten Nationen und ihrer Unterstützer, in Somalia Demokratie zu schaffen. Der neue Staat wird Republik Somalia (somali Jamhuuriyadda Soomaaliya) genannt. Eine "Reconciliation Conference" erreichte 2004 eine Übereinkunft über eine "nationale Regierung" für Somalia. Die Afrikanische Union autorisierte Äthiopien und vier andere ostafrikanische Nationen, Truppen in der Stärke von 7.500 Mann zu stellen. Seit Ende 2004 ist der "Machthaber" der ehemals separatistischen Region "Puntland" deren Präsident. Die sehr ans Gewohnheitsrecht und an die nomadische und islamische Kultur gebundene somalische Bevölkerung wehrt sich in weiten Teilen des Landes trotz dieser internationalen Bemühungen gegen die Wirksamkeit einer neuen Regierung. Im Mai 2006 verbündeten sich die eher säkularen Milizen der Kriegsherren, die seit 1991 um die Kontrolle von Mogadischu ringen, gegen ähnliche Organisationen islamistischer Prägung. Bei den sofort ausgebrochenen Kämpfen starben hunderte von Zivilisten.

Im Juni 2006 schließlich gelang den Islamisten die Eroberung Mogadischus. Erst im Juli gelang es der UNO, mit den Islamisten in Kontakt zu treten. Seither gelang es den radikal-islamistischen Kräften sich in Mogadischu zu etablieren und ihren Machteinfluss kontinuierlich auf weitere Teile des Landes auszudehnen. Seit 2007 ist ein blutiger Krieg mit dem von der USA gestützten Nachbarland Äthiopien ausgesprochen, nachdem die Islamisten in Nordsomalia Fuss gefasst hatten.

Die Zeichen in Somalia stehen auf Sturm. Währenddem die Weltöffentlichkeit sich ganz vom Nahostkonflikt und den Auseinandersetzungen in Irak fesseln lässt, ist im faktisch „staatenlosen“ Somalia der Krieg tägliche Realität.